

# Antifa-Angriff auf Historikertagung

Zeitgeschichte aktuell: Interessante Frühjahrstagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI)



GESELLSCHAFT

Bild: Bernd Kallina

VON BERND KALLINA

Begleitet vom seit Jahren üblichen „Protest-Begleitkonzert“ eines breiten Antifa-Bündnisses, dem sich diesmal auch der örtliche Oberbürgermeister (OB) Christian Scharpf (SPD) anschloss, Motto: „Geschichtsrevisionismus entgegnetreten – Kein Platz für die ZFI in Ingolstadt“, führte die „Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt“ (ZFI) ihre Frühjahrstagung Anfang Juni in der

anmutigen Donaustadt durch. Dabei kam es zu einem Zwischenfall, als während der Tagung ein vermummter Antifa-Störtrupp lautstark mit einem Transparent vor die Redner-Bühne stürmte, eine Agitatorin ein Protestpamphlet verlas. Danach zogen die Vermummten wieder ab. Größere Schäden oder Verletzte gab es bei dem Vorfall, der den Tatbestand des „Hausfriedensbruchs“ erfüllte, jedoch nicht. Die ZFI erstattete aber eine Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Ingolstädter OB „wegen Verletzung des beamtenrechtlichen Neutralitäts- und

Mäßigungsgebots“, eingereicht über den Nürnberger Rechtsanwalt Rainer Thesen, gerichtet an den Bayerischen Innenminister Joachim Herrmann.

Als erster von drei Tagungsreferenten sprach Diplom-Volkswirt Konrad Badenheuer (Berlin) über „Neue Erkenntnisse zur Frühgeschichte der deutschen Sprache und der Entwicklung des Germanenbildes“. So könne man heute die älteste, bronzezeitliche Form der germanischen Sprache recht genau beschreiben, ebenso die letzte gemeinsame Vorform der deutschen und englischen Sprache, das Westgermanische

Die **Meuterei in Russland** scheint beendet. Beide Seiten haben hoch gepokert und haben **Ruhe bewahrt**. Tatsächliche Ursachen werden der Fortgang der Geschehnisse und die künftigen Studien der Historiker offenbaren.

Fest steht, dass jüngste Meuterei als eine der unblutigsten und am raschesten beendeten in die Historie eingehen wird. Anders als beispielsweise der **Zug von**

**20.000 hellenischen Hoplit** aus der Ferne des makedonischen **Alexanderreichs**, um in die Heimat zu gelangen. Doch die Diadochen und ihre Phalangen handelten kurz, bündig

## Meuterei

und brutal. Kein Söldner sah Thalassa wieder.

Die große **Meuterei der Sepoys in Indien** soll durch **Kuh- bzw. Schweinefett** verursacht worden sein. Dieses diente der Lagerung von Gewehrpatronen

und stellte für **Hindus** und für **Moslems** ein Sakrileg dar.

Die **British Army** machte auch in diesem Fall kurzen Prozess mit den **meuternden, indischen Söldnern** im Dienste Ihrer Majestät Königin Victoria. Manche Kommentatoren zeigten sich

ZUR ZEIT  
Roter Faden



Bild: ZZ/Archiv

enttäuscht, dass der Aufstand von **Prigoschin** geführt wurde. „Pussy Riots“ wird wohl kaum erfolgreich putschen. ◆

der Völkerwanderungszeit. Badenheuer berichtete über entsprechende Forschungsergebnisse, aber auch über humangenetische und archäologische Erkenntnisse, die die Ergebnisse der Linguistik oft punktgenau bestätigten, so der Referent. Am Beispiel der Ortsnamenforschungen der 1990er Jahre hätte sich gezeigt, dass England im 5./6. Jahrhundert n.Chr. nicht nur von Angeln, Sachsen und Jüten besiedelt und germanisiert worden seien, sondern dass daran auch Franken beteiligt waren, was durch neueste humangenetische Forschungen erwiesen sei. Der Referent schloss mit Worten: „Es gibt weit mehr Kontinuität zwischen Germanen und Deutschen, aber auch zwischen Niederländern und Engländern, als der Zeitgeist wahrhaben will.“

Oberst a.D. Rolf Bergmeier ging im zweiten ZFI-Vortrag auf „Die Agonie der deutschen Klima- und Energiepolitik“ ein. Dabei stellte er zunächst klar, dass niemand bezweifelt, dass es sinnvoll und nützlich sei, die begrenzten fossilen Reserven zu schonen und – wo immer möglich – Wind und Sonne als Energielieferant einzusetzen. „Niemand sei ein Klimaleugner,“ so der Referent. Doch er wolle sich der ganzen und unwissenschaftlichen Klimawandel-Story zuwenden, so das Credo des Generalstabsoffiziers, nämlich: „Dem ‚menschengemachten‘, anthropogenen Kohlenstoffdioxid, dem angeblichen Treiber einer Erderwärmung um rund 1 Grad in 150 Jahren. Einem ‚Killergas‘, in der Biosphäre unverzichtbar, aber seit Al Gore und Angela Merkel ein übler Geselle“, so Bergmeier. Bisher sei es den Grünen gelungen, diese Achillesverse deutscher Klimapolitik mittels Denunziation und Strafandrohung aus der öffentlichen Diskussion zu verbannen. Damit hätten sie erreicht, dass vom Mainstream abweichende Sichtweisen bei zentralen Fragen zu Klimawandel und Ener-



Bild: GSWA

## Vorbild für Österreich?

VON WALTER TRIBUTSCH

In Griechenland sind nun auch die zweiten Wahlen zur Nationalversammlung geschlagen. Und es gibt den erwarteten Sieger. Der konservative Kyniakos Mitsotakis holte erneut über 40 Prozent der Stimmen und kann damit, dank des griechischen Wahlrechts, künftig allein regieren. Nachdem nach der letzten Wahl keine Koalition erzielt wurde, bekommt der Stimmenstärkste nun die Bonusmandate die das Wahlrecht für so einen Fall vorsieht.

Man stelle sich vor, was die demokratiepolitisch vielleicht etwas sauberere Lösung der ausschließlich an den Stimmen gemessenen Mandatsverteilung verursacht, so muss auch einmal der Kostenfaktor ins Kalkül kommen. Ständig wiederholte Wahlen lassen die Regierung nicht arbeiten, sie verkürzen die Amtszeit und sie fördern den Wahlkampf. Alles Faktoren, die unnötig Geld verschlingen.

Ähnliches steht bei genauerer Betrachtung auch Österreich ins Haus. Wir sehen, wie schwer sich die jetzige Koalition tut. Die Grünen, der kleine Partner, setzen ungeniert ihre ideologischen Ziele durch und besetzen Posten

### Bei härterem Vorgehen gegen die Grünen fürchtet die ÖVP Neuwahlen.

um Posten. Die ÖVP glaubt, sich ein härteres Vorgehen und die Verfolgung ihrer politischen Ziele nicht erlauben zu können. Ein Bruch mit den Grünen würde zu Neuwahlen führen und den Schwarzen einen katastrophalen Absturz in der Wählerzustimmung bringen. Spätestens im Herbst nächsten Jahres wird es aber zu Nationalratswahlen kommen. Das wird nicht nur die Stunde der Wahrheit für die Regierung, sondern auch die Riesenchance für die FPÖ, erstmals in Österreich die stimmenstärkste Partei zu werden. Und das mit dem von den anderen Parteien verurteilten Herbert Kickl an der Spitze.

Nicht nur der Bundespräsident hat bereits angekündigt, Kickl nicht mit der Regierungsbildung betrauen zu wollen, auch die anderen Parteichefs überschlagen sich mit Ankündigungen, nicht mit Kickl koalieren zu wollen. So wie die Umfragen aussehen, könnte es dann aber eine Zweierkoalition nur mit den Freiheitlichen geben. Das heißt, die anderen müssten sich die Mehrheit in Dreierverbindungen suchen. Man muss sich nicht einmal das Gezerre um Machtinteressen vorstellen, wir brauchen nur zu dem Chaos in der Bundesrepublik Deutschland schauen, um zu sehen, was uns dann blühen würde.

Beim Stand der Dinge bräuchte Kickl also ein Wahlsystem wie in Griechenland, das ihm in der stärksten Position Bonusmandate und damit die Regierungswahrscheinlichkeit brächte. Für Österreichs Steuerzahler wäre das ein Segen. ♦



**Setze sich kritisch mit Fehlentwicklungen der deutschen Klima- und Energiepolitik auseinander: Oberst a. D. Rolf Bergmeier bei der Frühjahrstagung der ZFI**

Bild: Bernd Kallina

**VON WERNER REICHEL**

Die türkis-grüne Regierung will ihr neues ORF-Gesetz und die Haushaltsabgabe möglich schnell durchdrücken. Die über 5.000 im Parlament eingebrachten Einwände gegen das Gesetz haben ÖVP und Grüne einfach vom Tisch gewischt. Nicht nur zum Ärger vieler Bürger, sondern auch der privaten Medien. Der Verband Österreichischer Zeitungen (VÖZ) hat jetzt die EU-Kommission in Brüssel über eine Beschwerde informiert. Formell eingebracht wird sie noch vor der Beschlussfassung des Gesetzes im Nationalrat in der ersten Juli-Woche.

Mit dem neuen Gesetz und der Haushaltsabgabe kann der ORF seine schon jetzt marktbeherrschende Stellung zu Lasten von Meinungsvielfalt, der Verlagshäuser und Privatsender weiter ausbauen. ÖVP und Grüne wollen dem ORF wieder jene Möglichkeiten, Reichweiten und Machtfülle verschaffen, die er bis knapp vor dem Jahr 2000 als Monopolsender hatte und Privatrundfunk in Österreich streng verboten war, weshalb fast die ganze Nation ihre Informationen aus der ZiB1 bezog. Verbieten kann Türkis-Grün dank internationaler Regelungen und Verpflichtungen Privatrundfunk zwar nicht mehr, diesen aber durch massive wettbewerbsverzerrende gesetzliche Maßnahmen in den Ruin treiben respektive von staatlichen Zuwendungen abhängig machen.

„Dieses ORF-Maßnahmenpaket erscheint uns völlig unverhältnismäßig: Der Gestaltungs- und Finanzierungsrahmen des Marktführers wird sogar noch erweitert, während die Situation der anderen Marktteilnehmer außer Acht gelassen wird“, kritisiert Markus Mair, Chef der Styria Mediengruppe und Präsident des VÖZ. Heftige Kritik kommt auch vom Verband der Österreichischen Privatsender (VÖP): „Dass dadurch die Entwick-

giewende gar nicht öffentlich hörbar zu Wort kämen. So fehle im einseitigen Diskussionsverlauf der entscheidende Hinweis auf das explosive Wachstum der Erdbevölkerung mit Industrialisierung, Raubbau an der Natur

**Mittels Denunziation ist es den Grünen gelungen, die Klimapolitik aus der Diskussion zu verbannen.**

und Megastädten in der klimapolitischen Debatte fast völlig. Doch der Zusammenhang von Bevölkerungsexplosion und Erderwärmung sei offenkundig.

Das bisher öffentlich kaum bekannte Kapitel „Supreme War Council der Alliierten 1939/40“ in der Frühphase des Zweiten Weltkrieges thematisierte der ZFI-Vorsitzende, Dr. Stefan Scheil. Die historischen Wurzeln dieses Gremiums reichten bis ins Jahr 1917 zurück.

Es wurde damals erfolgreich seitens der alliierten Kriegsgegner des Deutschen Kaiserreiches und Österreich-Ungarns errichtet. Als es dann in den 1930er Jahren erneut darum ging, den nächsten Krieg gegen Deutschland von vornherein „richtig“ zu führen, so Scheil, kam es im Sommer

1939 zu seiner Wiederbelebung.

Es tagte zwischen September 1939 und Juni 1940 immer wieder und plante den Koalitionskrieg gegen Deutschland. Seine Strategie bestand u.a. darin, den Krieg auf neutrale Staaten und Regionen auszuweiten, um Deutschland wirtschaftlich und militärisch zu schwächen. Damit skizzierte der ZFI-Vorsitzende einen ganz neuen Blick auf die Frühphase des Zweiten Weltkrieges. ♦

**Ihr Rechtsanwalt für Unternehmen und Private**

**GB** | Günther Billes  
Rechtsanwalt

Mag. Günther Billes  
Wollzeile 6-8, 1010 Wien  
Tel: +43 1 513 31 48  
office@rechtsanwalt-billes.at  
[www.rechtsanwalt-billes.at](http://www.rechtsanwalt-billes.at)

**Wirtschaftsrecht  
Gesellschaftsrecht  
Zivilrecht  
Prozessvertretung  
Vertragsrecht  
Immobilienrecht  
Verwaltungsrecht  
Erbrecht**